

Medienmitteilung vom 29. September 2018, 14.45 Uhr

Linke Realpolitik statt Maximalforderungen

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz hat sich heute deutlich für das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) ausgesprochen. Die Vorlage war unter massgeblicher Mitwirkung der SP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier zustande gekommen und bringt bedeutende Fortschritte gegenüber der vom Volk abgelehnten Unternehmenssteuerreform III. Die Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz begrüsst den Entscheid der Delegierten und ruft die SP-Mitglieder und die Stimmberechtigten dazu auf, das Referendum nicht zu unterstützen.

Nach der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III durch die Stimmberechtigten war klar, dass eine Neuauflage der Steuerreform den Anliegen der SP Schweiz als Abstimmungssiegerin entgegenkommen musste.

Die vom eidgenössischen Parlament in der Herbstsession 2018 verabschiedete Steuerreform ist keine SP-Vorlage, aber sie trägt unverkennbare Züge sozialdemokratischer Mitgestaltung:

1. Die von der SP seit Jahrzehnten und mittlerweile international verpönten **Steuerprivilegien** für bestimmte internationale Unternehmen werden abgeschafft. Für die von der Aufhebung betroffenen Unternehmen resultieren massive Steuererhöhungen. Diese sollen durch gezielte Entlastungen teilweise kompensiert werden. Die vorgesehenen Massnahmen sind mehrheitlich vertretbar, auch wenn sie weiter gehen, als gewünscht. Ohne Entlastungen wären unbestreitbar Arbeitsplätze und Steuererträge in grossem Umfang gefährdet.
2. Die **Unternehmenssteuerreform II** wird, was die SP ebenfalls seit langem gefordert hat, korrigiert. Und die Steuerprivilegien für Dividendeneinkommen auf massgebenden Aktienpaketen werden eingeschränkt, auch wenn nicht so weitgehend, wie von der SP beantragt.
3. Die SP hat mit der AHV-Finanzierung von zusätzlich 2 Mia. Franken pro Jahr eine **soziale Kompensation** der Steuerreform erreicht, die weit darüber hinaus geht, was der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Dieser Betrag wird mit der Wirtschaftsentwicklung anwachsen und trägt zur Sicherung der Altersvorsorge bei. Die AHV ist bekanntlich der effizienteste Umverteilungsmechanismus in der Schweiz, weil die Beiträge nach oben offen und die Rentenbezüge gedeckelt sind.
4. Infolge der Steuerreform werden die Unternehmenssteuern in den Kantonen teilweise massiv gesenkt werden, um die Steuerbelastung der internationalen Unternehmen nicht allzu stark anwachsen zu lassen. Dieser neuerliche Schub im **interkantonalen Steuerwettbewerb** ist schädlich, aber angesichts der sehr unterschiedlichen Unternehmensstrukturen in den Kantonen unvermeidlich. Es wird an der SP sein, sich in den Kantonen für möglichst massvolle Umsetzungsvorlagen einzusetzen.

Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz

5. Der Bund hat schliesslich auf Antrag der SP förmlich festgelegt, dass die Kantone die Steuerausfälle, welche die **Städte und Gemeinden** durch die Steuerreform erleiden werden, angemessen abgelten müssen.

Die Reformplattform stimmt der Kompromissvorlage im Wissen darum zu, dass die SP im bürgerlich dominierten Parlament wesentliche Forderungen durchsetzen konnte. Eine Ablehnung der Vorlage wäre nicht zu verantworten. Eine für die Arbeitnehmenden und die Unternehmen noch bessere und mehrheitsfähige Alternative ist nicht in Sicht. **Die Plattform ruft die SP-Mitglieder und die Stimmberechtigten deshalb dazu auf, das absehbare Referendum nicht zu unterstützen.**

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:

Daniel Jositsch, Ständerat Kanton Zürich (079 503 06 17)

Yvonne Beutler, Stadträtin Winterthur, Finanzvorsteherin (079 241 72 06)

Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz

www.reform-sp.ch

info@reform-sp.ch